

Briefe an die SÄZ

Wir Ärzte sind schuld

Vor einigen Tagen las ich in der *Südostschweiz*, weshalb die Gesundheitskosten und Krankenversicherungsprämien immer weiter ansteigen: Die Ärzte sind schuld! Es sind Abzocker, sie verrechnen Konsultationen, die sie gar nicht gemacht haben und schummeln beim TARMED. Besonders arg treiben es die Spezialisten mit unnötigen Behandlungen und Rechnungen, die viermal zu hoch sind. Endlich wissen wir also Bescheid und haben es schwarz auf weiss. Jetzt ist es Zeit für griffige Massnahmen, die viel mehr einsparen als die 700 Millionen, die Alain Berset mit seinem Budgetplan verspricht. Schaffen wir doch die Ärzte ab und ersetzen sie durch kostengünstige qualitätsgeprüfte Gesundheitsfachpersonen!

Dr. med. Max Konzelmann, Glarus

Forum Medizin und Energie (FME)

NEIN zum Energiegesetz

Das neue Energiegesetz, über das wir am 21. Mai 2017 abstimmen, will massiv in den Strom- und Energiemarkt eingreifen. Auf der Seite der Stromproduktion sollen neue erneuerbare Energien mit Subventionen gefördert werden. Auf der Seite des Stromkonsums soll der Verbrauch pro Kopf über die Jahre mittels Effizienzsteigerungen, geplanten Lenkungsabgaben und letzten Endes Zwangsmassnahmen massiv gesenkt werden. Dies alles erfolgt mit der Begründung, dass neue Kernkraftwerke von der Bevölkerung dereinst nicht akzeptiert würden, wenn die letzten bestehenden Anlagen altershalber zwischen 2030 und 2040 vom Netz gehen müssen. So sieht das Energiegesetz ein Verbot von Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke vor, das faktisch einem Technologieverbot gleichkommt. Es ist bekannt, dass Strom mit Sonne und Wind nicht zuverlässig produziert werden kann. Als Backup müssten Gaskraftwerke gebaut werden. Diese wiederum haben den Nachteil, dass sie viel CO₂ ausstossen und das Klima belasten. Wenn alle diese Möglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, bleibt letztendlich nur der Import von Strom aus den benachbarten Ländern. Also Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Deutschland. Ob das derzeitige Überangebot an Strom auch in Zukunft bestehen wird, weiss niemand. Es ist gut möglich, dass ab 2022, wenn Deutschland seine Kernkraftwerke abschalten will, in Spitzenzeiten des Bedarfs, also im Winter,

der Strom knapp werden könnte. Und wenn Strom knapp wird, wird er automatisch teurer. Der im Energiegesetz vorgezeichnete Weg führt nach Auffassung des FME energiepolitisch in die falsche Richtung. Die Stromversorgung der Schweiz wird gefährdet, indem unzuverlässig produzierende Stromquellen gefördert und zuverlässig produzierende Formen wie Wasser- und Kernkraftwerke verunmöglicht werden sollen. Dabei wird weltweit an einer neuen Generation von KKW geforscht, die voraussichtlich noch sicherer und noch zuverlässiger als die derzeit in Betrieb stehende Generation sein wird. Es ist aus Sicht des FME ein Unsinn, dass die Schweiz ohne Not auf künftige Technologien zur Stromerzeugung verzichtet.

Die Umsetzung des neuen Energiegesetzes wird einen massiven Ausbau der Verwaltung erforderlich machen und einen Wust an Verordnungen und Massnahmen nach sich ziehen. Das Ausmass der Kosten ist völlig ungewiss, dürfte aber für das gesamte Projekt der Energiestrategie 2050 gemäss verschiedenen Studien gegen 200 Milliarden betragen. Sicher ist nur, dass diese Kosten die normalen Stromkonsumenten und die Steuerzahler zu tragen haben werden. Denn das Energiegesetz nimmt die Grossverbraucher davon aus.

Für uns als Ärzte ist eine zuverlässige und sichere Stromversorgung das A und O unserer Tätigkeit. Dies ist mit dem geplanten Energiegesetz nicht gewährleistet. Dieses führt zudem letztendlich zum Import von Kohlestrom und mutet der Schweizer Bevölkerung einen gewaltigen finanziellen und ressourcenmässigen Kraftakt mit ungewissem Ausgang und ungewissen Folgen zu. Das FME empfiehlt daher den Stimmberechtigten, das Energiegesetz am 21. Mai 2017 abzulehnen und NEIN zu stimmen.

Von der ordentlichen Mitgliederversammlung des FME am 30. März 2017 als Resolution verabschiedet.

Für den Vorstand:

Dr. med. Christian von Briel, Präsident

Dr. med. Hansjörg Leu, Vizepräsident

Briefe

Reichen Sie Ihre Leserbriefe rasch und bequem ein. Auf unserer neuen Homepage steht Ihnen dazu ein spezielles Eingabetool zur Verfügung. Damit kann Ihr Brief rascher bearbeitet und publiziert werden – damit Ihre Meinung nicht untergeht. Alle Infos unter:

www.saez.ch/autoren/leserbriefe-einreichen/

Zum Geschäftsgebaren der Pharmamultis

Brief zu Hurst S. Eine griechische Tragödie. Schweiz Ärztezeitung. 2017;98(12):390.

Herzlichen Dank an Frau Hurst für die mutige pointierte Stellungnahme. Die der Korruption überführte Firma Novartis bildet unter den Pharmamultis durchaus keine Ausnahme, derartige Machenschaften ziehen quer durch die Branche. Das Muster ist jeweils sehr ähnlich: Die aufgedeckte Verfehlung wird als einmaliges unglückliches Ereignis dargestellt, die Konzernleitung bedauert und behauptet gleichzeitig, keine Kenntnis gehabt zu haben, gelobt Besserung und betont ihre ethische Geschäftsausrichtung. Um möglichst wenig Aufsehen zu erregen und unangenehme Gerichtsurteile zu verhindern, wird eine Vergleichszahlung akzeptiert, die für die Firma ein Pappenstiel und für den Normalbürger astronomisch hoch ist. Dabei hat das Vorgehen System und beschränkt sich beileibe nicht auf Korruption, sondern beinhaltet z.B. auch die Unterschlagung von negativen Studien bis zur Verfälschung von Studien, das Vertuschen schwerer Nebenwirkungen, die gezielte Fehlinformation der Ärzteschaft und des Publikums, das Erkaufen von Meinungsmachern auf breiter Front ebenso wie das gezielte Ausschalten von Kritikern. Dass die Medikamentenpreise völlig übertrieben und gleichwohl von irreführenden Behörden abgesegnet sind, gehört natürlich auch zur Gesamtschau. Wer's nicht glaubt oder mehr wissen möchte, lese unbedingt das Buch *Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität* von Peter C. Goetzsche. Unter diesem Licht muss davor gewarnt werden, wenn sich Universitäten zunehmend um Forschungsgelder aus der Pharmaindustrie bemühen. Derartige Forschung dient kaum je dem Fortschritt, sondern ist für die Industrie ein reiner Deckmantel in der wahren Absicht, den Namen der Universität und ihrer Exponenten für das eigene Marketing dienbar zu machen. Was wirklich Not täte, wäre eine mit öffentlichen Geldern finanzierte unabhängige Forschung mit dem Ziel einer objektiven und korrekten Information der Fachwelt über die Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten.

Dr. Thomas Ritschard, Aarberg